



NEUDRUCK

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

138. Sitzung (öffentlich)

16. März 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:32 Uhr bis 19:13 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
2	Parlamentarischer Bericht der Landesbehinderten- und -patienten-beauftragten	8
	– Bericht der Beauftragten der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen	
2	Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW (beantragt von Mehrdad Mostofizadeh, Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN [s. Anlage 1])	14
3	Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand zur Ausbreitung des Coronavirus und in diesem Zusammenhang getroffene Maßnahmen (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)	26
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	

4 Gesetz über den interkollegialen Ärzteaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) 34

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14280

Ausschussprotokoll 17/1650 (Anhörung vom 01.12.2021)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen
aller Fraktionen zu.

5 Drittes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes 36

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16445

Vorlage 17/6562

– Verfahrensabsprache

In Verbindung mit:

Entwurf einer Zehnten Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Heilberufe

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/16716

Vorlage 17/6567

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen
aller Fraktionen zu.

Der Ausschuss ist zum Entwurf der Verordnung angehört worden.

- 6 Coronapolitik der Landesregierung individualisieren und endlich auf valide Daten stützen.** 37
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16477
- Verfahrensabsprache
- Wortbeiträge
- Es erhebt sich kein Widerspruch, den Antrag in der kommenden Ausschusssitzung abschließend zu beraten.
- 7 Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes sowie des Ausführungsgesetzes zum Neunten Buch Sozialgesetzbuch** 38
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15188 (Neudruck)
- Vorlage 17/5904
- Ausschussprotokoll 17/1682 (Anhörung vom 13.01.2022)
- Auswertung der Anhörung
- In Verbindung mit:
- Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes sowie des Ausführungsgesetzes zum Neunten Buch Sozialgesetzbuch**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6576
- Wortbeiträge
- Es erhebt sich kein Widerspruch, den Gesetzentwurf in der kommenden Ausschusssitzung abschließend zu beraten.
- 8 Viertes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** 41
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15517
- Ausschussprotokoll 17/1717 (Anhörung vom 02.02.2022)

– Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

Es erhebt sich kein Widerspruch, den Gesetzentwurf in der kommenden Ausschusssitzung abschließend zu beraten.

9 Prävention und soziale Teilhabe von Seniorinnen und Senioren stärken! Pflegebedürftigkeit und Vereinsamung strukturell entgegenwirken! GemeindegewerkschaftPlus-Modelle in NRW erproben! **42**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15641

Ausschussprotokoll 17/1726 (Anhörung vom 08.02.2022)

– Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

Es erhebt sich kein Widerspruch, den Antrag in der kommenden Ausschusssitzung abschließend zu beraten.

10 Lebenswerte Quartiere in Städten und Gemeinden **44**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/16267
Stellungnahme 17/4926
Stellungnahme 17/4928
Stellungnahme 17/4931
Stellungnahme 17/4939
Stellungnahme 17/4949
Stellungnahme 17/4953 (Neudruck)

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

– Wortbeiträge

11 Angsträume beseitigen, Sicherheit erhöhen – die Verkehrswende braucht attraktive Bahnhöfe und Haltepunkte! **47**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15462

Ausschussprotokoll 17/1719 (Anhörung vom 03.02.2022)

- Auswertung der Anhörung
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Votum an den federführenden Ausschuss

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der AfD-Fraktion ab.

12 Initiative zur Stärkung der Sicherheit in öffentlichen Räumen im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention **49**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15631

Ausschussprotokoll 17/1719 (Anhörung vom 03.02.2022)

- Auswertung der Anhörung
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Votum an den federführenden Ausschuss

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

13 Spezialfall Tönnies? Behörden erlaubten laschere Regeln für infizierte Mitarbeiter *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **50**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6492

In Verbindung mit:

Erfolgte eine behördliche Bevorzugung von Tönnies? *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6493
Vorlage 17/6590

– Wortbeiträge

14 Sachstand Lieferengpass beim Wirkstoff Tamoxifen (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*) **51**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6564

– Wortbeiträge

15 Sachstand der Arbeit des Gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a SGB V (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 5]*) **52**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6573

– keine Wortbeiträge

16 Verschiedenes **53**

* * *

8 Viertes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15517

Ausschussprotokoll 17/1717 (Anhörung vom 02.02.2022)

– Auswertung der Anhörung

(Gesetzentwurf vom Plenum am 24.11.2021 zur alleinigen Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen)

Dr. Martin Vincentz (AfD) verweist darauf, dass sich die Krankenhausgesellschaft in ihrer Stellungnahme gegen verschiedene Teilbereiche des Gesetzestextes gewandt habe. Von daher bleibe die Frage, inwieweit dieses Gesetz, mit dem eine bestimmte Situation gelöst werden solle, für die Regelung künftiger Situationen, die in einer erneuten pandemischen Lage ganz anders sein könnten, erforderlich und dienlich sei.

Peter Preuß (CDU) erwidert, die Anhörung habe gezeigt, dass alle Beteiligten den Gesetzentwurf für unproblematisch hielten. Es bedürfe einer Regelung im Sinne eines allgemeinen Besuchsrechts. Jetzt werde die Beweislast umgekehrt, sodass ein Krankenhaus die Einschränkung des Besuchsrechts begründen müsse. Damit erfolge auch eine Regelung im Sinne der Patientinnen und Patienten. Des Weiteren kläre der Gesetzentwurf nicht nur die Frage der Rechtsaufsicht, sondern er beinhalte auch viele weitere Klarstellungen. Außerdem werde keine zusätzliche Bürokratie aufgebaut. Aus den genannten Gründen könne dem Gesetzentwurf zu gegebener Zeit zugestimmt werden.

Es erhebt sich kein Widerspruch, den Gesetzentwurf in der kommenden Ausschusssitzung abschließend zu beraten.

